



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 5. Mai 1886.

Nr. 208.

Landtags-Verhandlungen. Abgeordnetenhaus.

65. Plenarsitzung vom 4. Mai.

Präsident v. Köllner eröffnet die Sitzung um 12 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen.

Am Ministertisch: v. Gopler.

Das Haus ist sehr gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Tagesordnung:

Erste Verathung der kirchenpolitischen Vorlage.

Abg. Dr. Gneist (nat.-lib.): Meine politischen Freunde und auch die konservative Partei haben die kirchenpolitische Gesetzgebung des Jahres 1872 unterstützt; wo sich aber Härten in Folge dieser Gesetze und ihrer Handhabung herausgestellt haben, haben auch wir stets für Abstellung dieser Härten uns erklärt. Dieser heutigen Vorlage aber müssen wir Widerstand entgegensetzen, wir müssen an den Grundgedanken der Maßgesetzgebung festhalten, nicht aus Feindseligkeit gegen den Katholizismus (Heiterkeit im Centrum), sondern um die Rechte des Staates zu wahren. Redner, auf der Journalistentribüne sehr schwer verständlich, geht nun auf das Wesen der römisch-katholischen Kirche ein. Sie könne keine Gleichberechtigung verlangen, da sie selbst keiner anderen Kirche Gleichberechtigung gewähre. In den romanischen Ländern seien Strafbestimmungen wie die der Maßgesetz weniger notwendig, wiewohl auch nicht überflüssig — aber was die Zustände dieser Länder von dem Preussens so wesentlich unterscheidet, sei der Umstand, daß sich dort im Gegensatz zu uns eine einheitliche Kirche überall herausgearbeitet habe. Das sicherste Mittel, die deutsche Nation auseinander zu reißen, sei die Verjagung des concubium, der ehelichen Verbindung verschiedener Gläubiger — wo wären wir hingekommen, wenn nicht eine eheliche Verbindung von Mitgliedern beider christlicher Konfessionen möglich wäre, wenn nicht die ganze Erziehung, die ganze Lebensführung für beide Konfessionen die gleiche wäre? Wie sehr beide Kirchen gegen solche Gemeinlichkeit sich auch verwahren, das Ziel dieser Einheit müsse unermüdet angestrebt werden. Diesen Gedanken der Toleranz habe seinerzeit und zwar im Widerspruch mit der Reichsversammlung schon der Große Kurfürst in Preußen zur Geltung gebracht und in noch höherem Maße habe dann Friedrich der Große diesen Gedanken betont. Nicht ein religiöses, sondern das nationale Band umschlinge die Deutschen. Ein Friede mit der römischen Kirche sei bei der prinzipiellen Verschiedenheit des preussischen Staatsgedankens und den Tendenzen der römischen Kirche eine Unmöglichkeit und einen dauernden Frieden könne selbst der Papst trotz seiner Freundschaft für den preussischen Staat und Deutschland nicht herbeiführen. Beide Faktoren müßten versuchen, mit einander gut auszukommen. Um dieses Nebeneinandergehen zu ermöglichen, seien in Preußen bestimmte Normen geschaffen worden, auf deren Zustandekommen man lange vergebens gewartet, die aber im konstitutionellen Staate doppelt notwendig gewesen. — Redner erörtert sodann in eingehenden staatswissenschaftlichen Ausführungen die weitere Entwicklung der Normen über die Stellung beider Kirchen zum Staat; die weiteren Ausführungen bleiben bei der sich steigenden Unruhe des Hauses auf der Journalistentribüne im Zusammenhang völlig unverständlich. Redner fährt dann aus, daß die gegenwärtige Vorlage eigentl. gar keine Regierungsvorlage sei, denn die Regierung habe sich ja die Erklärung über ihre Stellungnahme noch vorbehalten. Bei der Wichtigkeit der Vorlage widerspreche es allem parlamentarischen Brauche, sie im Plenum allein zu erledigen, er empfehle daher kommissarische Verathung derselben und beantrage die Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Während des Schlusses dieser Rede ist Fürst Bismarck in den Saal getreten.

Abg. Dr. Windthorst: Die soeben gehörte Rede würde sich sehr gut ausgenommen haben, wenn sie 1873 gehalten worden. (Heiterkeit.) Ich enthalte mich ihrer Widerlegung, denn es giebt eine Zeit zu schweigen und eine Zeit zu sprechen und die Zeit des Schweigens ist gekommen. Namens des Centrums, das unerschütterlich zusammensteht, erkläre ich mich für un-

veränderte Annahme der Vorlage; wir verzichten darauf, Amendements zu stellen und verzichten auch darauf, das Wort zu nehmen, wenn wir nicht provoziert werden. Ich schweige deshalb auch zu der eben gehörten Rede, die an Unrichtigkeiten reich ist — aber diese Unrichtigkeiten sind im Laufe der Jahre bereits widerlegt worden. Wir werden auch schweigen, wenn über den Sinn der einzelnen Bestimmungen der Vorlage hier etwas gesagt ist, ohne daß dieses Schweigen unsere Zustimmung bedeuten soll — aber auch nicht unsere Nichtzustimmung. (Heiterkeit.) Wir sind erfreut über die Lage, in der wir uns befinden, weil der Beweis gegeben ist, daß der Kurie und unserer Regierung der Friede ernstlich erwünscht ist. (Lebhafter Beifall im Centrum.) Eine Kommissions-Verathung scheint uns überflüssig, es scheint uns angezeigt, diese Vorlage so schnell als möglich zu erledigen, da uns noch so wichtige Arbeiten obliegen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. v. Jazdzewski erklärt namens der polnischen Fraktion, einer unveränderten Annahme der Vorlage nicht zustimmen zu können, da sie die Streichung der für Gneisen-Posen und Kula in der Vorlage enthaltenen Ausnahme-Bestimmung beantragen müßte.

Abg. v. Rauchhaupt: Namens der konservativen Fraktion habe ich zu erklären, daß wir für die unveränderte Annahme der Vorlage und gegen Kommissions-Verathung stimmen werden. (Beifall im Centrum.) Erleichtert wird uns unsere Abstimmung durch die gründliche Arbeit des Herrenhauses, ferner dadurch, daß Fürst Bismarck für die Vorlage eingetreten und endlich durch das gestiegene Entgegenkommen der Kurie. Wir haben stets eine Reorganisation der Maßgesetz gefordert und sind der Meinung, daß Rechte des Staates durch die Vorlage nicht gefährdet werden. Der Redner der Nationalliberalen, Abg. Gneist, hat sich mit seinen Ausführungen heute in Widerspruch gesetzt mit seinen Bestimmungen der Vorlage als acceptabel bezeichnet haben. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Lesen Sie doch die Rede Herrn Miquel's. Aus dem Verhalten des Bischofs Kopp schöpfe ich das Vertrauen, daß der preussische Episcopat auch die jungen Priester in nationalem Geiste erziehen wird — deshalb stimmen wir für die Bestimmungen der Vorlage über die Priester-Seminare, wie für die übrigen Artikel der Vorlage. Was unsere evangelischen Geistlichen haben, sollen auch die katholischen haben. (Beifall im Centrum.) Der Einspruch der Liberalen entspringt vom Mißtrauen gegen die Kurie und gegen sich selbst. Die konservative Partei hat ein so gutes Gewissen in kirchenpolitischen Dingen, daß wir mit Ruhe der Entwicklung der Dinge entgegensehen — wir befürchten nicht, daß der Staat seiner Autorität etwas vergeben wird. Wir haben auch kein Mißtrauen gegen die Kurie, zu der wir nach den letzten vatikanischen Noten vielmehr Vertrauen hegen. Wenn es wahr ist, daß der Papst Mitgliedern dieses Hauses in Rom den Frieden an's Herz gelegt hat, so ist dies ein Beweis von Toleranz und Friedensliebe. Wir geben Nichts auf von den Staatsrechten, wir wollen den katholischen Mitbürgern nur den Frieden wiedergeben, den sie so lange sehnsüchtig begehren. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Dr. v. Cuny (nat.-lib.) erklärt, seine Partei werde geschlossen gegen die Vorlage stimmen, denn sie hege allerdings das lebhafteste Mißtrauen gegen die Kurie, von welchem der Vorredner gesprochen. Redner sucht sodann den Nachweis zu führen, daß der Staat mit der gegenwärtigen Vorlage sich zu Gunsten der Kirche unentbehrliche Rechte vergeben und daß dieselbe eine Quelle neuer Kämpfe bilden würde, in welchen die nationalliberale Partei jedoch nach wie vor auf dem Plage sein würde. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Fürst Bismarck: Der Vorredner hat gemeint, daß durch die letzte vatikanische Note die Verhältnisse hinter die zur Zeit der Herrenhaus-Beschlüsse zurückdrängt sind. Aber er vergißt, daß diese Note nicht die letzte Aeußerung der Kurie ist — diese wird erst nach Annahme und Publikation dieser Vorlage erfolgen. Die neue Note ist vielmehr nur eine Abschlagszahlung — ich denke mir, die Kurie hat damit auf dieses

Haus einwirken und das Mißtrauen gegen die Kurie beseitigen wollen, ein Mißtrauen, das ich nicht theile — ich habe zu Sr. Heiligkeit dem Papste Leo großes Vertrauen (Beifall im Centrum), wiewohl ich sonst ja gegen die römische Hierarchie nicht übergroßes Vertrauen habe. Wir haben, um nicht auf den Widerspruch der Kurie zu stoßen, erst bei der Kurie sondirt, ob ihr unsere Vorlage als Zeichen des Entgegenkommens erscheint. Bei dieser Sondirung hat sich denn ein Ideenaustausch ergeben, der ein Friedensbedürfnis auf beiden Seiten ergeben hat. Es handelt sich hier doch nicht um einen Frieden gewöhnlicher Art, es kann nicht auf Heller und Piennig der Friede stipulirt werden. Wir haben nur die Friedensgefäße, die wir mit unseren freundlichen Vorlagen füllen — aber die Hauptsache bleibt der gute Wille, das ehrliche Verlangen nach Frieden, sonst helfen uns all unsere Beschlüsse nichts. Es kann daher jetzt kein stipulirter Frieden geschaffen werden — der Friedensschluß ist der Versuch eines modus vivendi, dessen Erfolg von den Gesinnungen abhängt, mit denen man an ihn herantritt. Von diesem guten Willen hat die Kurie jetzt einen Beweis wieder gegeben, indem sie der Anzeigepflicht zustimmt. Wir müssen nun auch unsererseits Alles thun, um die Kampfgesinnung aus unserer Brust zu reißen. Wer nicht Minister ist, kann sich den Luxus einer Parteimeinung gestatten, ich darf das nicht, ich kann keiner Partei angehören, sondern muß mich stets fragen, was rebus sic stantibus für den Staat das Beste ist. Ich muß dies thun ohne Rücksicht auf den Tadel meiner Gegner. Daß die freisinnige Partei und ihre Presse mit dem Aufhören des Kulturkampfes nicht einverstanden ist, ist ja natürlich, sie verlieren dadurch ja im Parlament einen gewissen Vorrang in der Opposition gegen die Regierung. Die Freisinnigen, die ja mit Schuld sind an dem ganzen Kampf, haben jetzt doch eingesehen, daß sie die preussische Regierung noch mehr hasßen als den Papst. (Heiterkeit rechts.) Mögen die Herren doch sehen, ob irgend ein Gesetz hier preisgegeben wird — sie können dann ja ihre Anträge stellen, aber Kulturkampf kann ja von Neuem beginnen, der verlangen Sie nicht, daß gerade ich ihn beginne. Es hat sich jetzt eine ganz lächerliche Zeitungs-polemik darüber entwickelt, ob ich gesagt habe, ich wolle die Waffen nur auf den Fechtboden niederlegen. Was ein Fechtboden ist, weiß ich von Göttingen ganz genau (Heiterkeit) und da würde ich mich hüten, Waffen niederzulegen — auch das Bild von dem Baden habe ich nicht gebraucht, dazu bin ich viel zu wenig Spinner. (Heiterkeit.) Wir wollen ernsthaft und ehrlich den Versuch des Friedens machen, ohne viel Polemik, auch ohne Kommissionsberatung, denn diese ist nur eine Alimentation der Polemik. Lassen Sie uns Alle dahin arbeiten, daß der Friede zu Stande kommt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz-Neukirch (freikonservativ): Ich glaube den Zeitpunkt jetzt gekommen, um den Versuch eines Friedens mit der katholischen Kirche zu machen, Alles drängt dazu, zu friedlichen Zuständen zu kommen, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten der äußeren Politik, allein schon im Hinblick auf die großen inneren Aufgaben, die uns gestellt sind. Außerdem ist es auch zweifellos, daß der gegenwärtige Leiter der römischen Kirche besonders zum Frieden geneigt ist. Gegen die gegenwärtige Vorlage lassen sich freilich Bedenken nicht unterdrücken, aber eine Kommissionsberatung empfiehlt sich nicht, da diese nur zu erneuter Polemik führen würde. Aber auch diese Bedenken sind nur geringfügig, denn wie Fürst Bismarck mit Recht betont, kann die Schutzwehr, die hier aufgehoben wird, wenn es nöthig ist, wieder errichtet werden. Die Bestimmungen der Vorlage sind freilich alle nur aufrecht zu erhalten, falls zwischen Staat und Kirche eine friedliche Gesinnung besteht. Die Rücksicht auf die nationalen Bedürfnisse des Staates läßt es notwendig erscheinen, für diese Vorlage zu stimmen. Meine Parteifreunde werden zum Theil für die Vorlage stimmen, während ein anderer Theil derselben sich gegen dieselbe erklären muß, da ihnen eine umfassende Revision der Gesetze, eine größere Garantie seitens der Kurie erforderlich erscheint.

Abg. Seyffardt-Magdeburg (nat. lib.)

motivirt in erregter Weise die ablehnende Haltung seiner Partei, welche sich als praktische Politik und Konsequenz der früheren Stellungnahme der Partei kennzeichne. Einen modus vivendi wünschten sie auch, aber auf dieser Basis nicht; er begreife nicht, wie der Fürst Bismarck vom Papste Gutes hoffen könne. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Fürst v. Bismarck: Im Gegensatz zu den Aeußerungen des Vorredners könne er sein Vertrauen zum Papst versichern; er wolle sich nur nicht meistern lassen, wo es sich um das Wohl des Vaterlandes handele. Illusionen mache er sich nicht und sein ganzes Vorgehen sei wohlüberlegt. Wäre er nicht Minister, so könnte er mit dem Abg. Seyffardt sympathisiren. Die Grenze zwischen den Priestern und dem Staate sei überall streitig; es handle sich hier aber darum, das Gefühl des Volkstums derart zu kräftigen, daß der kirchliche Zwiespalt verbleibe. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Richter: Ich will mich nicht in den Streit mischen zwischen dem Reichskanzler und seiner Mittelpartei; ich glaube, wenn diese Frage vorbei ist, wird es heißen: Darum keine Feindschaft nicht! (Heiterkeit.) Der Reichskanzler hat heute die Kommissionsberatung abfällig beurtheilt, im Reichstage aber hat er uns beim Branntweinmonopol sehr getadelt, daß wir nicht Kommissionsberatung wollten. (Heiterkeit.) Ich werde für diese Vorlage stimmen, gleichviel ob in Konsequenz einer früheren Erklärung des Reichskanzlers dieser nun glauben wird, mit der Vorlage auf falschem Wege zu sein. (Heiterkeit links.) Der Reichskanzler hat im Herrenhause und hier uns hitzig angegriffen — es hat uns das nicht überrascht, er hat ja sämtliche Mitarbeiter im Kulturkampf angegriffen, nicht minder seine früheren Mitarbeiter im Zollwesen — es zeigt sich eben immer: Aller Erfolg dem Fürsten Bismarck, aller Mißerfolg seinen Mitarbeitern! (Große Erregung und Thorrufe rechts.) Die entschiedene Wendung in der kirchenpolitischen ist nicht heute eingetreten, sondern bereits im Jahre 1880, als durch die erste Novelle Brüche in die Maßgesetzgebung gelegt wurde. Die Vorschriften der Maßgesetz sind längst durchbrochen, wir haben daher keine Ursache; gegen diese Vorlage zu stimmen, da sie den Vortheil hat, die discretionäre Gewalt der Regierung aufzugeben. Die besonderen Bestimmungen des Aufsichtrechts werden hier aufgehoben, das allgemeine staatliche Aufsichtrecht bleibt natürlich bestehen und reicht vollkommen für alle Bedürfnisse aus. Dagegen werde ich gegen den Artikel 14 der Vorlage stimmen, welcher den Pfarrer zum geborenen Vorsitzenden des Kirchgemeindevorstandes macht. In Bezug auf die Ausschließung der Berufung an den Staat haben die Nationalliberalen im Herrenhause ja selbst Konfessionen gemacht. Die Nationalliberalen im Herrenhause stimmten gegen die Vorlage mit Rücksicht auf die unklare Auslegung der Anzeigepflicht und die Möglichkeit des Widerrufs derselben durch den Papst. Ich hingegen lege auf die Anzeigepflicht nicht solchen Werth, ich sehe auf dem Boden des Herrn Beseler im Herrenhause. In Bezug auf die Anzeigepflicht denken meine politischen Freunde, die bei der Schlussabstimmung übrigens von einander abwichen werden, ebenso wie ich es entwickelt habe. Einer Resolution zur Verpflichtung einer Revision der Maßgesetz kann ich nicht zustimmen; ich würde eine Gesetzgebung, welche mir inhaltlich gefällt, ablehnen, wenn sie in Form eines Vertrages mit Rom austräte, wenn sie den Charakter eines Konkordats hätte. Fürst Bismarck hat dies aber bestritten, sowohl hier wie im Herrenhause, ein Vertrag liegt nicht vor. Wenn nun trotzdem in weiten Kreisen sich eine große Erregung über diese Vorlage kundgegeben, so geschah dies nicht wegen des Inhalts, sondern wegen der Art der Behandlung, die diese Vorlage im Herrenhause gefunden. Je nach den Aeußerungen und Noten in Rom wurden Herrenhaus- und Kommissionsstimmungen abgehalten, der Bischof Kopp fungirte als Nuntius. Ueberaus dramatisch baute die Situation sich auf, und die Herrenhaus-Kommission bildete den Chorus in diesem Drama. Hatte diese Art der Behandlung schon in katholischen Kreisen Fremden und Unwillen erregt, so doch noch viel mehr in evangelischen Kreisen, die zu ihrem Er-

